Gebührensatzung des Landkreises Biberach - Neufassung - VF 09.03.2016 Anlage 1 zu Vorbericht Nr. 20-002-2016 öffentlich

§ 4 Sachliche und persönliche Gebührenfreiheit

- (1) Die Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
 - Angelegenheiten der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und der Kriegsopferfürsorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes, des Heimkehrergesetzes sowie das Ausweiswesen für Schwerbehinderte, des Wohngeldgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes betreffen;
 - 4. sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben;
 - 9. sich aus der Verwaltungstätigkeit von kreiseigenen Krankenhäusern ergeben, ausgenommen Mahn- und Beitreibungsgebühren.

§ 4 Sachliche und persönliche Gebührenfreiheit

- (1) Die Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
 - Angelegenheiten des SGB II und SGB XII, der Jugendhilfe und der Kriegsopferfürsorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Wohngeldgesetzes, des Unterhaltsvorschussgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes betreffen;
 - 4. sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Beschäftigten und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben;
 - 9. entfällt